

Bern, den 24. Juli 1942.

24. Juli 42

B.51.322.0. - PS.

Vertraulich.

Herr Minister,

Wir beehren uns, auf das Protokoll über die Sitzung des schweizerisch-deutschen Regierungsausschusses vom 7. Juli 1942 Bezug zu nehmen, das Ihnen von der Handelsabteilung des E.V.D. zugeschiedt worden ist. Wir möchten im folgenden an die Aussprache anknüpfen, die auf den Seiten 12/14 wiedergegeben ist und die dem Einfluss gewidmet war, den die britischen Vertretungen in der Schweiz auf Firmen auszuüben trachten, die sei es direkt oder indirekt an die Achsenmächte Kriegsmaterial liefern. Sie werden aus dem Protokoll eine Zuspitzung der Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Blockade und der Gegenblockade erkennen, die den Auftakt zu einer wichtigen Zwischenphase darstellen dürfte.

Kurz nach den Vorstellungen, die die Wirtschaftsabteilung der Deutschen Gesandtschaft gegen die britischen Einmischungen in die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen erhob, sprach der italienische Gesandte vor, um mitzuteilen, dass die TAVANNES WATCH CO. sich auf britischen Druck hin weigere, der TAVARO S.A. weiterhin Bestandteile für einen Zünder zu liefern, den die Genfer Firma in grösserer Zahl für Italien fabriziere. Der italienische Gesandte kündete wie die Deutsche Gesandtschaft Gegenmassnahmen an, die auch schweizerische Interessen erheblich treffen würden, falls die britischen Einmischungen nicht umgehend unterbunden würden. Inzwischen haben die italienischen Behörden der Tavannes Watch Co. in Genua bereits eine Uhrensendung im Werte von Fr. 500'000.- zurückgehalten und noch nicht wieder freigegeben.

Die britischen Einmischungen sind selbstverständlich unerwünscht. Es wird denn auch dagegen eingeschritten und auf das unzulässige und unkorrekte Vorgehen aufmerksam gemacht. Die paar von deutscher und italienischer Seite gemeldeten Fälle verlieren jedoch ihre Bedeutung, wenn sie in einen weiter gespannten Rahmen hineingestellt werden. Es ist wohl anzuerkennen, dass die Achsenmächte in Fragen der Wirtschaftskriegführung im allgemeinen vernünftiger sind als die Alliierten. Die Situation ist aber für die Achsenmächte mit Bezug

An die Schweizerische Gesandtschaft,

B e r l i n .





auf die Schweiz eine ganz verschiedene.

Um die sehr ernste Angelegenheit ins richtige Licht zu rücken, erweist es sich als notwendig, auf die Entwicklung der Dinge seit dem Zusammenbruch Frankreichs zurückzuschauen, auf jene Zeit, die über Nacht die letzte freipulsierende Ader, die unser Land mit dem Ozean verband, zum Absterben gebracht hat und von da an unsere Ausfuhr vollständig der Ueberwachung durch deutsche und italienische Zollbeamte unterworfen wurde. Mit einer der wichtigsten Aenderungen lag darin, dass die Kriegsmateriallieferungen unter dem Zwang der Verhältnisse plötzlich ganz einseitig nach den Achsenmächten umgestellt wurden. Gekaufte Waren sind jetzt noch bloss für "konjunkturfremde" Erzeugnisse erhältlich. Um die schweizerische industrielle Kapazität möglichst zweckmässig auszunützen, sandte Deutschland eine Industriekommission in die Schweiz, mit der Aufgabe, hier die Möglichkeiten der Unterbringung von Aufträgen in direkter Kontaktnahme mit den Firmen zu klären und die Verteilung der Bestellungen vorzunehmen. Zu jenen Unternehmen, die sich vollständig zur Förderung des Kriegspotentials Deutschlands einspannen liessen, wurden permanente Abnahmekommissionen geschickt. Von britischer Seite liess man zu dieser Entwicklung Bemerkungen fallen, wie: "Switzerland is the arsenal of Germany and Italy".

Die durch den Zusammenbruch Frankreichs bewirkte Abschmürung der Schweiz wäre an sich schon verhängnisvoll genug gewesen. Dazu sollten aber noch einige harte Schläge Grossbritanniens kommen, die vielleicht den Achsenmächten bestimmt waren oder sich doch auf jene hätten auswirken sollen, jedoch in erster Linie unser Land trafen. Der Argwohn der Blockadebehörden witterte plötzlich überall "Feindeinfluss". Die Zahl der auf die schwarze Liste versetzten schweizerischen Firmen schnellte ruckartig in die Höhe. Während dieses scharfe Schwert des Wirtschaftskrieges zunächst nur gegen notorisch "feindeigene" oder "feindbeeinflusste" Firmen geführt wurde, genügte nun die mannigfaltigsten krampfhaft herbeigesuchten Gründe, um es anzuwenden oder damit zu drohen. Beispielsweise wurde einer Schokoladefabrik, um weitere Navicerts für Kakao-bohnen zu erhalten, zur Bedingung gemacht, einen untergeordneten Bureauangestellten zu entlassen, der zwar englandfeindlicher Ausländer ist, aber zu irgendwelchen Klagen über sein Verhalten gegenüber seinem Gastland nie Anlass gegeben hatte. - Eine Grossfirma der Kolonialwarenbranche figuriert auf der schwarzen Liste, weil ihre Aktien in den Händen einer deutschen Familie liegen und die Titel jährlich eine verhältnismässig bescheidene Dividende von nicht einmal Fr. 60'000 abwerfen. Dass das Unternehmen mit seinen 700 Filialen und Niederlagen volkswirtschaftlich nicht geringe schweizerische Belange ver-



körpert - Direktion und Personal sind schweizerisch - und dass die britische Massnahme viel stärker unseren Verteilungsapparat stört als englandfeindliche Interessen trifft, dafür besteht britischerseits kein Verständnis mehr. - Nach einer beim Abschluss des Blockadevertrages gegebenen mündlichen Zusage sollte die schwarze Liste auf intern schweizerische Verhältnisse nicht angewendet werden. Eine Schweizerfirma konnte deshalb unbedenklich ihre Beziehungen mit einem Schweizer Unternehmen, das "blacklisted" war, aufrechterhalten. Diese Zusage wird jetzt nicht mehr strikte innegehalten, was zu einem Kettenboykott führt, der zusehends nicht nur für den Einzelnen, sondern für unsere ganze Wirtschaft fühlbar wird und eine unausgesetzte sich verschärfende Desorientierung befürchten lässt.

Den stärksten Hieb aber versetzte Grossbritannien unserer Wirtschaft mit der Sperre der industriellen Rohstoffe, der Fette und Öle usw. Auch diese Massnahme ist als ausschliessliche Folge der absoluten Disproportion in der Verteilung der kriegswichtigen Erzeugnisse, die unser Land hervorbringt, aufzufassen.

Deutschland und Italien haben die Wichtigkeit von Anstrengungen, damit die Schweiz wiederum Kontingente der seit dem Herbst 1941 gesperrten Rohstoffe erhält, erkannt. Das einzige Mittel, um bei den Alliierten Entgegenkommen zu finden, bietet die Lockerung der Gegenblockade. Die Achsenmächte wissen, dass eine Lösung grundsätzlich auf diesem Wege zu suchen ist. Ohne eine gewisse Korrektur der in der Kriegsmaterialfrage bestehenden Disproportion ist bei den Blockadebehörden ein greifbares Ergebnis nicht zu erzielen. Mit einer Lockerung der Gegenblockade würden andererseits gleichzeitig auch die britischen Einmischungen von selber verschwinden.

Solange in den gegenwärtigen Verhältnissen eine Aenderung nicht eintritt, sind die britischen Störungsversuche einigermaßen begreiflich, ohne sie irgendwie beschönigen zu wollen. Der deutsche und der italienische Schritt scheint die tatsächlichen Verhältnisse übersehen und namentlich die berechnete Forderung nach der Lockerung der Gegenblockade vergessen zu haben. Sollten die Alliierten die von ihnen gewünschten Erzeugnisse durch die Gegenblockade nicht erhalten - es handelt sich nicht etwa um direktes Kriegsmaterial - so wäre die Hoffnung auf Wiederzuteilungen von Rohstoffkontingenten an die Schweiz, woran auch die Achsenmächte in nicht geringem Masse interessiert sind, zerstört.

Nach den Ankündigungen der Deutschen und Italienischen Gesandtschaft soll die Gegenblockade indessen nicht nur nicht gelockert, sondern sogar verschärft werden. Damit wäre der erste vielleicht geradezu schicksalshafte Schritt nach der auch für die Achsenmächte falschen Richtung getan. Bei einer konsequenten Verschärfung der Blockade und der Gegen-



blockade wäre es zwar schon so, dass die Gegenblockade angesichts der geographischen Lage der Schweiz besser dastünde. Eine Steigerung der Massnahmen und Gegenmassnahmen müsste mit der Unterbindung unseres Exportes durch die Achsenmächte enden. Eine ganze Anzahl von Fabriken, die bisher nur 5 - 30 % im Dienste der Achsenmächte standen, müssten gezwungenermassen ihre ganze Belegschaft für unsere Nachbarstaaten einsetzen, um den Eintritt einer Massenarbeitslosigkeit zu verhüten. Es ist nicht unterlassen worden, die britischen Vertreter in der Commission mixte darauf aufmerksam zu machen, dass auch Versetzungen auf die schwarze Liste die gleiche von England doch sicher nicht gewünschte Konsequenz hätten. Wenn auf 1000 Arbeiter 150 kriegswichtiges Material herstellten, möge dies England nur ungern sehen; immerhin sei es doch noch besser, als wenn alle 2000 Hände für die Achsenmächte tätig wären. Dieses Argument erweist sich aber bei näherem Zusehen als wertlos und gefährlich zugleich. Deutschland und Italien hätten es wie gesagt in der Hand, unsere Industrie noch stärker für sich auszunützen. Wie britischerseits bereits zu verstehen gegeben worden ist, erneuert sich aber die Arbeitskraft nicht von selbst. Es braucht dazu vorab Getreide und Futtermittel. Diese bezieht die Schweiz durch die Blockade. Ob wir sie weiterhin einführen können, hängt in erster Linie vom Willen der Alliierten ab. Dass sie die Schweiz bisher ernährt und dadurch die Voraussetzung geschaffen haben, um die Produktionskapazität für die Achsenmächte zu erhalten, ist wirklich nicht so ganz selbstverständlich. Wenn sich die Alliierten statt mit der erwarteten Lockerung mit einer Verschärfung der Gegenblockade sollten abfinden müssen, dann wäre dies höchstwahrscheinlich der Anlass zur Sperre des Getreides, der Futtermittel und anderer wichtiger Waren, die unsere Ernährung bisher sicherstellten. Den Achsenmächten bliebe dann die Wahl, ein Land mehr an seinen Futtertrog zu nehmen oder aber auf dessen Leistung zu verzichten. Einen solchen Ausgang können die Achsenmächte sicher nicht wünschen.

Der Chef der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Gesandtschaft, Herr von Selzam, hat die kaum absehbaren Konsequenzen, die eine Verschärfung der Gegenblockade nach sich ziehen würde, grundsätzlich erkannt. Er versicherte, dass er unsere Argumente schon wiederholt zu den seinen gemacht und in Berlin vorgebracht habe. Ob aber die Argumente namentlich von militärischen Stellen ebenso verstanden werden, ist nicht sicher. Wir bitten Sie deshalb, Ihrerseits bei erster Gelegenheit eindringlich auf die verhängnisvollen Folgen deutscher und italienischer Massnahmen (Verfügung von Sperrungen, Erweiterung der Liste der geleitscheinpflichtigen Waren) aufmerksam zu machen.

Für Ihre Bemühungen in dieser ausserordentlich wichtigen Angelegenheit danken wir Ihnen im voraus verbindlichst. Ihren Berichten sehen wir mit lebhaftem Interesse entgegen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Der Chef  
der Abteilung für Auswärtiges



P.S. Ueber die jüngsten Verhandlungen mit der deutschen Delegation unter Führung des Herrn Gesandten Hemmen werden Sie durch Protokollnotizen der Handelsabteilung unterrichtet werden. Sie werden daraus ersehen, dass sich die Situation erneut bedeutend zugespitzt hat.